

der Kreis der Staaten größer geworden ist, die dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen beigetreten sind. Sie drücken die Hoffnung aus, daß auch die anderen Staaten, die diesem Vertrag noch nicht beigetreten sind, dies in naher Zukunft tun werden. Sie sprechen sich für eine internationale Vereinbarung darüber aus, Kernwaffen nicht in jenen Ländern zu stationieren, in denen es gegenwärtig keine gibt, und in den Ländern, in denen bereits Kernwaffen stationiert sind, keine zusätzlichen anzuhäufen.

Ihrer Meinung nach würde die Ausarbeitung von Maßnahmen zu einer gefahrfreien Entwicklung der Kernenergiewirtschaft und zur Verhinderung von Angriffen aller Art auf nichtmilitärische nukleare Anlagen zur Festigung der allgemeinen Sicherheit und zugleich zur Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie beitragen.

Angesichts der ständigen Vervollkommnung und des zunehmenden Wirkungsgrades der konventionellen Waffen sind neue Anstrengungen erforderlich, um das heutige Niveau der konventionellen Rüstungen und Streitkräfte sowohl global als auch regional zu senken und zu diesem Zweck entsprechende Verhandlungen zu führen. Es ist auch zweckmäßig, die Verhandlungen über die Begrenzung des Handels mit konventionellen Waffen wieder aufzunehmen.

Da die Rolle der Kriegsflotten wächst, sprechen sich die Teilnehmer der Tagung für Verhandlungen über die Begrenzung der militärischen Aktivitäten auf See, die Begrenzung und Reduzierung der Bewaffnung der Seestreitkräfte und die Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen auf Meere und Ozeane aus. Sie treten für den Abzug von kernwaffentragenden Schiffen aus dem Mittelmeer und für den Verzicht auf die Stationierung von Kernwaffen auf dem Territorium nichtkernwaffenbesitzender Mittelmeerländer ein.

Die Teilnehmer der Tagung bekräftigen auch, daß sie unabänderlich dafür eintreten, im Weltmaßstab neue Anstrengungen zur Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte und zum Abzug der ausländischen Truppen von fremden Territorien zu unternehmen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten gehen davon aus, daß alle Abkommen auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung entsprechende Maßnahmen - falls erforderlich, auch internationale Verfahren - für die Kontrolle ihrer Realisierung vorsehen müssen.

Da die wachsenden Rüstungsausgaben unmittelbar mit der Verstärkung des Wettrüstens verbunden sind, rufen die Teilnehmer der Tagung die NATO-Länder auf, eine praktische Vereinbarung zu erreichen, die Rüstungsausgaben nicht zu erhöhen und sie in der Folgezeit prozentual oder absolut zu kürzen. Eine Vereinbarung zu dieser Frage muß selbstverständlich alle Staaten umfassen, die über ein großes Militärpotential verfügen. Die durch die Kürzung der Rüstungsausgaben freiwerdenden Mittel könnten für ökonomische und soziale Entwicklung, darunter zur Unterstützung der Entwicklungsländer, verwendet werden.